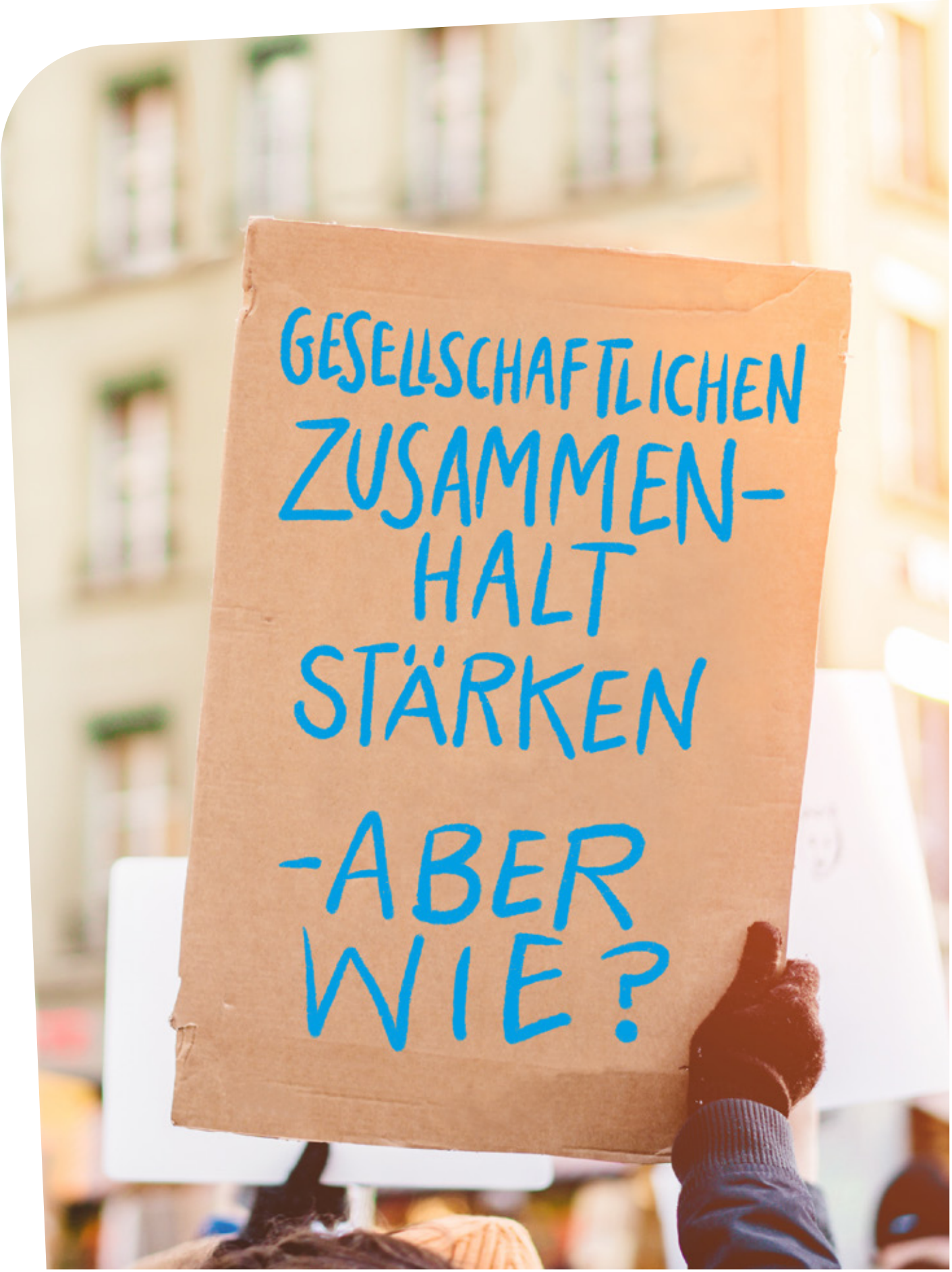
kobra.net
Beratung.Bildung.Brandenburg

TRANSFERAGENTUR
BRANDENBURG



Inhalt

Editorial 03

Wie gesellschaftlichen Zusammenhalt mit kommunaler Bildungssteuerung stärken!? 04

Ansatzpunkte 04

Was meint gesellschaftlicher Zusammenhalt? 05

Welche Bedeutung hat kommunale Verwaltung für gesellschaftlichen Zusammenhalt? 08

Was sind die Herausforderungen für gesellschaftlichen Zusammenhalt auf kommunaler Ebene? 09

Warum und wie sind Bildungsorte soziale Orte gelebter Gemeinschaft? 13

Wie mit Bildungssteuerung der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden kann 16

Zur Autorin 17

Literatur 18

Über uns 19

Impressum

Herausgeber: Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement Brandenburg
c/o kobra.net GmbH | Benzstr. 8/9 | 14482 Potsdam | www.transferagentur-brandenburg.de
Leitung: Dr. Stefanie Hildebrandt | hildebrandt@kobranet.de | Tel.: 0331 - 7400 4292
kobra.net, Kooperation in Brandenburg, gemeinnützige GmbH
Handelsregister: Amtsgericht Potsdam HRB 25760 P
Geschäftsführung: Katrin Kantak und Henry Gergs | Der Projektverbund kobra.net ist Regionalpartner der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung | www.kobranet.de
Autorin: **Prof.in Dr.in Mandy Schulze**
Unter Mitwirkung von: Julia Ziemann, Katharina Vogel, Dr. Stefanie Hildebrandt | Lektorat: Katrin Kantak
Abbildungsnachweis: Illustrationen: Barbara Schneider, barbara@lovestodraw.com | Titelfoto: iStock
Satz und Layout: Esther Bieback, www.benu-grafik.de

Editorial

Liebe Leser*innen,

in Zeiten von Krisen und Umbrüchen ist der gesellschaftliche Zusammenhalt von großer Bedeutung und dessen Erhalt gleichsam Herausforderung für Bund, Land, Kommunen und Zivilgesellschaft. Sowohl durch globale Veränderungsprozesse als auch durch lokal auftretende Krisen scheint vielerorts der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet und es bedarf eines Annehmens der Frage, wie dieser vor Ort auch durch die kommunale Bildungsgestaltung gestärkt werden kann.

In der vorliegenden Broschüre beschreibt Prof.in Dr.in Mandy Schulze, Professorin für Sozialarbeitswissenschaft und stellvertretende Direktorin des TRAWOS Instituts für Transformationsforschung der Hochschule Zittau/Görlitz, die Komplexität und Vielgestaltigkeit gesellschaftlichen Zusammenhalts und skizziert Handlungsoptionen für die kommunale Bildungssteuerung. Dabei nimmt sie die soziale Wahrnehmung gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie aufkommende Herausforderungen auf kommunaler Ebene in den Blick. Ebenso verdeutlicht sie die Relevanz und Wirksamkeit von Bildungsorten als Orte für gelebte Gemeinschaft und zeigt auf, welche Bedeutung der kommunalen Verwaltung zukommt. Hierfür erläutert sie unter anderem entlang verschiedener Dienstleistungsprofile von Lernorten die Ausgestaltung und Wirksamkeit sozialer Bildungsorte sowie deren Rolle als Initiator von Austausch und gemeinsamer Verständigung. Denn laut Prof.in Mandy Schulze braucht es neben einer starken Verwaltung ein differenziertes Verständnis von Bildungsdienstleistungen, um Bildungsorte vor

Ort in ihrem Beitrag zur Förderung gesellschaftlichen Zusammenhalts zu stärken.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Dr. Stefanie Hildebrandt
Leiterin der Transferagentur Brandenburg

Wie gesellschaftlichen Zusammenhalt mit kommunaler Bildungssteuerung stärken?

Prof.in Dr.in Mandy Schulze, Professorin für Sozialarbeitswissenschaft mit den Schwerpunkten sozialraumbezogene Soziale Arbeit und Sozialplanung

Ansatzpunkte

› Die Diskussion um gesellschaftlichen Zusammenhalt ist sehr aktuell.

Die Diskussion über den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist momentan sehr wichtig. In welcher Gesellschaft möchten wir gemeinsam leben? Soll es eine Gesellschaft von Einzelnen sein, in der Austausch hauptsächlich in homogenen Gruppen mit ähnlichen Ansichten stattfindet? Trennen uns Unterschiede in Herkunft, Einkommen und Aufstiegschancen voneinander oder sind gemeinsame Vorstellungen von einem guten Leben und menschlichen Werten entscheidender?

› Was hält uns als Menschen zusammen: Wir leben alle zusammen.

Was uns als Menschen verbindet, ist das gemeinsame Leben. Ein starker sozialer Zusammenhalt, der auf gegenseitigem Interesse und Respekt basiert, ist eine wichtige Kraft für demokratische Entscheidungsfindung. Er ist notwendig, um im Sinne des Gemeinwohls und kollektiv zu handeln. Gemeinsames Handeln ist entscheidend, um die Herausforderungen des Klimawandels, der Digitalisierung, Kriegsgefahren, sozialen Ungleichheiten und Diskriminierung zusammen zu bewältigen.

› Zusammenhalt ist keine Gleichmacherei, sondern die Fähigkeit zum Kompromiss und zum „So-Sein-Lassen“ bzw. der Akzeptanz anderer Lebensweisen.

Zusammenhalt bedeutet nicht, dass alle gleich sein müssen. Es geht vielmehr um die Fähigkeit zum Kompromiss und die Akzeptanz verschiedener Lebensweisen. Im Mittelpunkt stehen die zwischenmenschlichen Beziehungen. Zusammenhalt betont den sozialen Charakter der Gesellschaft und ein grundsätzlich positives Verhältnis der Menschen zueinander.

› Zusammenhalt zielt nicht nur auf eine Gruppe und Konkurrenzen, sonst ist es der Ausschluss Anderer.

Zusammenhalt bezieht sich nicht nur auf eine Gruppe und Konkurrenz, sonst bedeutet es den Ausschluss Anderer. Gesellschaftlicher Zusammenhalt schließt letztlich niemanden aus. Die einseitige Stärkung des Zusammenhalts innerhalb einer Gruppe führt oft zu Ausgrenzung anderer Gruppen und schließt Menschen aus. Ein starker gesellschaftlicher Zusammenhalt akzeptiert die Unterschiede zwischen den Menschen, baut auf die Stärke des Miteinanders und das Potential des gegenseitigen Respekts vor

Unterschieden im Namen sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung.

- **Bildungssteuerung bietet Möglichkeiten gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.**

Bildungssteuerung bietet Möglichkeiten, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Neben wirtschaftlichen Bedingungen, der Anerkennung gleicher Möglichkeiten und der freundlichen Akzeptanz von Vielfalt spielen institutionelle Faktoren eine Rolle. Eine funktionierende Infrastruktur, die Vertrauen und Zugehörigkeit fördert, ist ebenso wichtig. Bildungsangebote beeinflussen die Wahrnehmung von Zugehörigkeit abhängig von Erreichbarkeit, Zugänglichkeit und Transparenz. Die öffentliche Verwaltung kann hier Voraussetzungen schaffen und ein Vorbild sein.

Was meint gesellschaftlicher Zusammenhalt?

Mit gesellschaftlichem Zusammenhalt werden folgende Aspekte des Lebens in den Blick genommen:

- der Aspekt soziale Beziehungen und das damit verbundene Gefühl von Verbundenheit und ein daraus resultierendes praktisches Füreinandereinstehen, (vgl. Schiefer et al. 2012, 21ff) und

- der Aspekt administrative Regeln, die für alle gelten und so einen solidarischen Rahmen zur Herstellung des Gefühls von Zugehörigkeit und gegenseitigen Vertrauens schaffen.

In einer von Zusammenhalt geprägten Gesellschaft wird sich für das Wohlergehen aller Menschen eingesetzt, Ausgrenzung und Marginali-

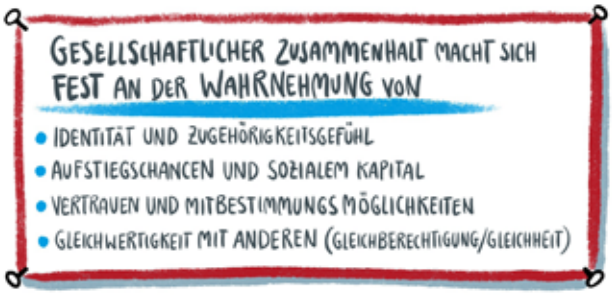
sierung bekämpft, ein Gefühl der Zugehörigkeit geschaffen, gegenseitiges Vertrauen gefördert und die Möglichkeit eines sozialen Aufstiegs ermöglicht. Dies wird hergestellt durch die Haltungen und Handlungen der Menschen sowie administrative Strukturen. Folgende Faktoren spielen dafür entscheidende Rollen (vgl. Frost 2020, 43):

- **Sozioökonomische Faktoren**, also die Verteilung von Ressourcen und Chancen, die die Möglichkeiten sozialer Beziehungen und Handlungspraktiken rahmen,

- **Kulturelle Faktoren**, die ein gemeinsames Verständnis gesellschaftlicher Diskussionen prägen,

- **Politische und institutionelle Bedingungen und Strukturen**, von kleinteiligen administrativen Regelungen über datentechnische Standardisierungen bis hin zu großräumigen politischen, administrativen und juristischen Institutionen und (Infra-)Strukturen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt beeinflussen (vgl. Deitelhoff 2020, 22ff).

Das damit beeinflusste Gefühl, ein Teil der Gesellschaft zu sein, ist nicht statisch, sondern wird zwischen den Menschen ausgehandelt, wenn bspw. im Dorf das Gefühl vermittelt wird, ob „Zugezogene“ schon in der ersten oder erst in der dritten Generation zu den „Einheimischen“ gezählt werden. Das Beispiel macht deutlich, dass sich Menschen nicht nur zugehörig fühlen, ihnen wird Zugehörigkeit auch sozial von anderen Menschen zugeschrieben und von Verwaltungen administrativ zugeteilt. Sogenannte „Mitgliedschaftskonzepte regeln, wer zugehörig ist und wer nicht. Staatsbürgerschaft oder Aufenthaltserlaubnis beispielsweise sind formelle Mitgliedschaftspraktiken“ (Merchil 2018, 30). Dennoch sind rein symbolische Formen administrativer Zugehörigkeitsbekundung nicht ausreichend. Es bedarf zusätzlich des Vertrauens auf Gleichbehandlung, Formen des Mitmachen-Dürfens als einer gelebten Praxis von Partizipation und ein grundsätzliches „Ernstgenommenwerden“ sowie ein Gefühl des „Eingebettetseins“ in ein soziales Miteinander und die Durchlässigkeit der Gesellschaft.



Voraussetzung dafür, dass Menschen sich zugehörig fühlen und als zugehörig angesehen werden ist, dass sie nach ihrem Verständnis und dem Verständnis der Anderen Teil des gemeinsamen Zusammenhangs sind.

Fühlen sich Menschen nicht gesehen und abgewertet, dann kommt es zu Desintegrationsprozessen, wie sie sich aus dem Gefühl der Benachteiligung entwickeln. Empirische Studien zeigen, dass Personen, die sich herabgesetzt fühlen, vermehrt zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Rassismus neigen (vgl. Heitmeyer/Piorkowski 2023). Und gesellschaftliche Debatten, wie die um das Gendern in der deutschen Sprache, werden als Kontrollverlust und Identitätsbedrohung empfunden und vermeintlich klare Gruppenzugehörigkeiten betont. Dieses Schwarz-Weiß-Denken führt zu Abgrenzung und Spaltung.

Zusammenhalt wird ausgehandelt zwischen Selbstzuordnung und Fremdzuordnung und bedeutet ein Verhältnis von Geben und Nehmen, das von allen Beteiligten als ausgeglichen wahrgenommen wird (vgl. Merchil 2018). Als Mitglied des gemeinsamen sozialen Raumes empfindet jede Person emotionale Bindung, Aspekte moralischer Verpflichtung, kognitiv-praktische Vertrautheit und materielle Gebundenheit sowie

- WIE HOCH IST MEIN GEFÜHL, DAZU ZU GEHÖREN ODER AUSGESCHLOSSEN ZU WERDEN?
- WIE VIELE UNTERSTÜTZUNGSNETZWERKE (PRIVAT/INSTITUTIONELL) STEHEN MIR ZUR VERFÜGUNG?
- WIE HOCH SCHÄTZE ICH DAS ZWISCHENMENSCHLICHE VERTRAUEN EIN?
- WELCHEN BEITRAG LEISTE ICH UND DARF ICH LEISTEN FÜR ANDERE IN MEINEM UMFELD?
- WIE HOCH IST MEIN VERTRAUEN IN ORGANISATIONALE ENTSCHEIDUNGEN?
- WIE NACHVOLLZIEHBAR UND BEEINFLUSSBAR SIND FÜR MICH DIESE ENTSCHEIDUNGEN?
- WIE SEHR HALTE ICH MICH SELBST AN DIE GESELLSCHAFTLICHEN SPIELREGELN ZUM GEMEINWOHL ALLER?
- WIE SEHR WERDE ICH ALS EINE ANGESEHENE PERSON RESPEKTIERT?
- WIE GUT SIND MEINE CHANCEN AUF EIN ERFOLGREICHES LEBEN IM VERGLEICH ZU MEINEN MITMENSCHEN?
- WIE VIEL WERT WIRD AUF MEINE MEINUNG GELEGT?
- WELCHEN AKTIVEN ANTEIL HABE ICH AN DER GESTALTUNG DES MITEINANDERS?
- WIE SCHREIBT SICH MEINE BIOGRAFIE IN DIE GEMEINSAME ERZÄHLTE GESCHICHTE ALLER EIN?

Diese Fragen können dazu anregen das gesellschaftliche Zugehörigkeitsempfinden einzuschätzen.

eine Form des biografischen Einlassens. Das meint auch, die eigene Geschichte als eine respektable und legitime Geschichte in diesem gemeinsamen Raum erzählen zu können (ebd.). Gerade das biografische Einlassen auf unterschiedliche, aber gemeinsame Erinnerungen, wie z.B. die verschiedenen Kontexte von Arbeitsmigration bspw. von Gastarbeiter*innen in BRD und DDR in den 70iger Jahren, von Ost- nach Westdeutschland in den 90iger Jahren und heute aus Osteuropa, in der verschiedene Erfahrungen Platz finden, machen die Bedeutung von gesellschaftlichem Zusammenhalt auf der Grundlage gemeinsamer Geschichte(n) deutlich.

Zusammengefasst setzt Zusammenhalt gegenseitiges Interesse und Verbundenheit unter den Menschen ebenso voraus wie die Bereitschaft füreinander einzustehen und die Gemeinschaft zu fördern. Dies bedeutet in unserer komplexen und kulturell vielfältigen Gesellschaft, dass die Menschen über Differenzen hinweg füreinander einstehen. Diese Fähigkeit wird umso bedeutender, je globaler die Herausforderungen für uns als Menschheit werden.

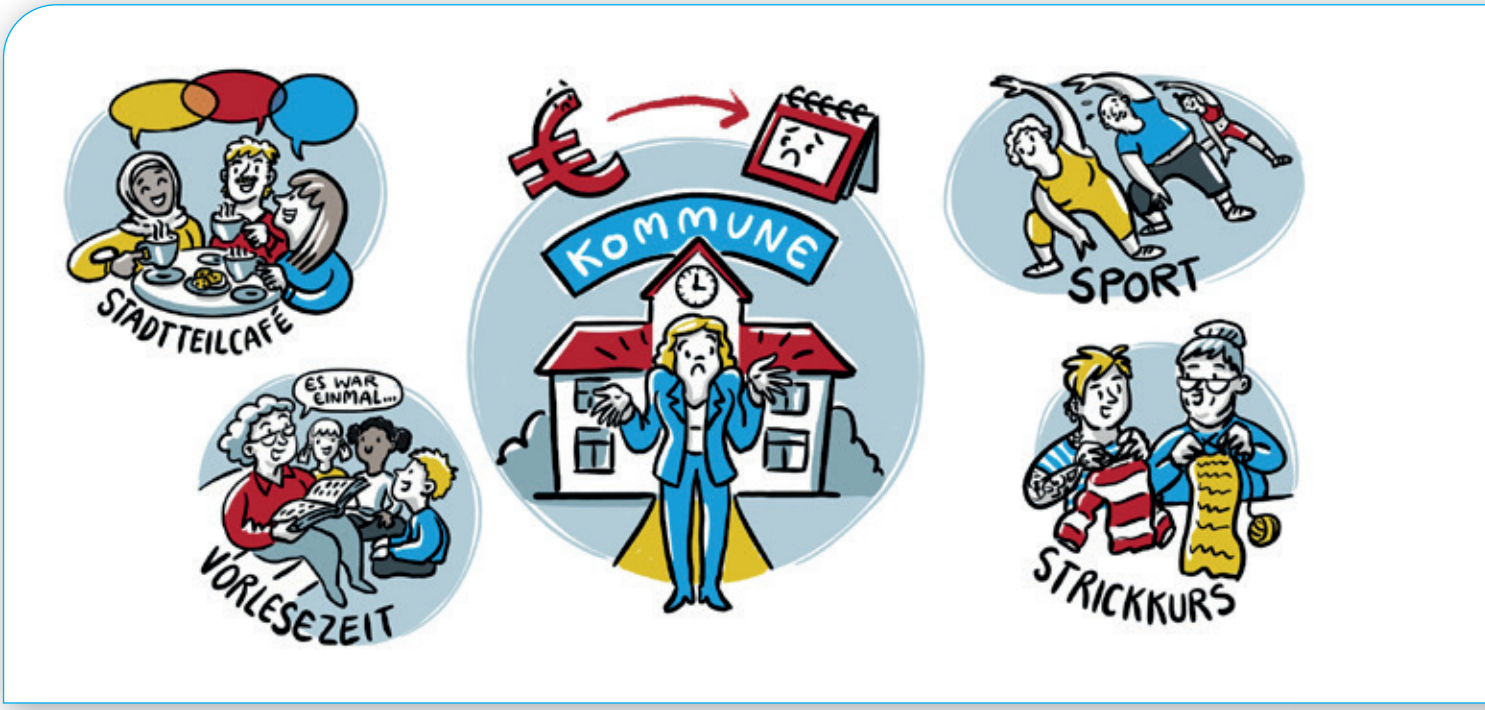
Welche Bedeutung hat kommunale Verwaltung für gesellschaftlichen Zusammenhalt?

Da Zugehörigkeit eine Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt ist, hat die administrative Zuschreibung von Zugehörigkeit durch die Verwaltung eine große Bedeutung. Demokratien brauchen eine starke Verwaltung und deren Beitrag für Solidarität. Es sind administrative Kontexte, in denen sich Zugehörigkeiten als regionale Verbundenheit darstellen, wie das beispielsweise die mit großer Leidenschaft geführten Diskussionen um Autokennzeichen und deren Verschwinden durch die Umsetzung von Kreisgebietsreformen zeigen.

Wenn auch viel an der Bürokratie in Deutschland kritisiert wird, 83% aller Bürger*innen waren 2019 mit ihren Behördenkontakten sehr oder eher zufrieden (unabhängig von Alter, Bildungsstand und Einkommen). Gelobt werden Unbestechlichkeit und Gleichbehandlung, kritisiert wird die Unverständlichkeit der Sprache (Kühnhenrich 2021). Auch müssen sich Behörden in Bund, Ländern und Kommunen der Tatsache stellen, dass Diskriminierung zur täglichen Realität in Deutschland gehört (vgl. Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2016, 17f). So soll bspw. durch Weiterbildungen „ein stärkeres Bewusstsein für Rassismus geschaffen und die konkrete Bedeutung des in Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz verankerten Verbots rassistischer Diskriminierung vermittelt werden“ (Institut für Menschenrechte 2023).

Neben Bürger*innennähe und Finanzausstattung (Förtsch/Rösl 2020) stärken integrative Projekte oder gemeinsam bewältigte Herausforderungen, wie die erfolgreiche Integration von Menschen mit Behinderung in einen Schrebergartenverein oder ein gemeinsam renoviertes Kulturhaus, den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dabei ist die kommunale Ebene von zentraler Bedeutung. Hier „wohnen und arbeiten die Menschen, gehen in den Kindergarten und zur Schule, begegnen anderen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Hier werden die Grundlagen für Anerkennung, Vertrauen und sozialen Zusammenhalt gelegt“ (Gesemann 2020). Kommunale Verwaltung sichert dazu die gleichen Spielregeln für alle durch neutrales Handeln und leistet mit vorbildhaftem Beispiel einen Beitrag zum gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. Alle müssen sich an die gleichen gesetzlichen Regeln halten, die durch die Politik der gewählten Vertreter*innen auf den verschiedenen Ebenen von Bund, Land und Kommune in Gesetzen und Verordnungen festgelegt werden.

Als eine Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt ist kommunale Verwaltung gekennzeichnet durch die Trennung von Amt und Person, Regelgebundenheit und Neutralität des Verwaltungshandelns, das Hierarchieprinzip, die Schriftlichkeit und Aktenkundigkeit sowie die Arbeitsteilung und Professionalität. „Die Verwaltung ist zentraler Bestandteil der gewaltenteiligen Organisation des modernen Verfassungsstaates“ (Frank et al. 2017). So sind die Gemeinden zur kommunalen Daseinsvorsorge nach Artikel 20 I Grundgesetz für alle Bürger*innen verpflichtet. Eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist jedoch nicht gegeben. Der Abschlussbericht der gleichnamigen Kommission (Datenreport 2021) stellt große räumliche Unterschiede fest, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt infrage stellen. Politisches Gegensteuern wird gefordert und oft wird auf die Ansiedlung und Unterstützung von Wirtschaftsakteuren gesetzt. Angebote qualifizierter Arbeit und Möglichkeiten sozialen Aufstiegs sind jedoch nur eine Seite gesellschaftlichen Zusammenhalts neben gegenseitiger Anerkennung und Akzeptanz. Zudem sind die Kommunen mit vielen Herausforderungen konfrontiert, deren Bedeutung zunehmen.



Was sind die Herausforderungen für gesellschaftlichen Zusammenhalt auf kommunaler Ebene?

- **Ökonomisierung der Verwaltung versus Abhängigkeit von kurzfristigen Zuweisungen**

Neben der starken Orientierung an ökonomischen und nicht nachhaltigen Grundsätzen in der öffentlichen Verwaltung verfügen Kommunen mit prekärer Finanzlage über nicht ausreichend finanzielle Mittel für die Integration von Migrant*innen und die Integration von Menschen in Armut, Alleinerziehende und ihre Kinder. In den Bereichen Jugendhilfe, Soziale Dienste und Bildung dominiert eine kurzfristig wirtschaftliche Logik für diese sozialen und langfristig positiv wirksamen außerökonomischen Bereiche (Büstrich/Wohlfahrt 2008).

Strukturschwache Kommunen sind hinsichtlich nachhaltiger Entwicklung, Fachkräftesicherung, sozialen Gefüges und soziokultureller Attraktivität auf kurzfristige Projektförderungen der Landes- und Bundesebene oder europäische Zuwendungen und Stiftungen angewiesen, die oft von kleinen personell prekär aufgestellten Trägern engagiert und durchgeführt, aber kaum länger als drei Jahre finanziert werden. Für eine langfristige Institutionalisierung stehen dann kaum Mittel zur Verfügung. So werden Stadtteilcafés, Integrationsprojekte, Netzwerkarbeit und soziokulturelle Angebote zur Förderung gemeinsamen Erlebens und Erzählens, für mehr Zugehörigkeits- und Zusammenhaltentwicklung nicht lange genug angeboten, um gemeinsa-

me Geschichte(n) herzustellen. Zwei Strategien werden verfolgt, um diese Einschränkung auszugleichen:

- Ansätze zur Gemeinwesenarbeit und Stärkung des Miteinanders werden durch ehrenamtliches Engagement substituiert. Dies ist gerade in Sozialräumen mit einer durch Abwanderung und Überalterung geschwächten Zivilgesellschaft jedoch kaum realistisch. Hier braucht es langfristig professionelle Soziale Arbeit.

- Eine Verkürzung der Faktoren für Zusammenhalt auf den rein ökonomischen Bedarf von ausländischen Fachkräften wird jedoch bspw. in der Altenhilfe, in die immer mehr Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung integriert werden sollen, als nicht ausreichend für gesellschaftlichen Zusammenhalt kritisiert (vgl. Ritter 2024). Es braucht sowohl die ökonomische Anerkennung als qualifizierte Fachkraft wie auch die soziale Anerkennung als wichtiges Mitglied der Gesellschaft.

- **Sozialräumliche Zugehörigkeit versus große effiziente Verwaltungseinheiten**

Aufgrund großer räumlicher Zuständigkeiten und der Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten durch Kreisgebietsreformen sind die Wege für Bürger*innen oft lang und der Bezug zum Bürgeramt in ländlich geprägten Räumen eher gering. Die großen Verwaltungseinheiten verstärken den Widerspruch zwischen dem täglich gelebten Sozialraum, in dem Bürger*innen arbeiten, leben und wohnen, und den für die kommunale Sozialplanung verwendeten Planungsraum, der für die Einschätzung einer bedarfsgerechten und effizienten Verteilung von kommunalen Angeboten genutzt wird. Die Übersicht auf Seite 12 stellt Vor- und Nachteile der Raumbegriffe „Planungsraum“ und „Sozialraum“ gegenüber.

Beide Raumverständnisse, Stadtteil, Landkreis und Gemeinde auf der einen Seite und dem ganz persönlichen Erleben von Zugehörigkeit zum sozialen Raum, mein Kiez, Quartier oder das Oberdorf, sind nicht ausreichend miteinander verschränkt (Wunderlich 2020). Deshalb werden große Verwaltungseinheiten zwar den Ansprüchen einer effizienten Verwaltung in schrumpfenden Regionen gerecht, führen aber zu Gemeinschafts- und Identitätsverlusten, deren ‚Narben‘ noch Jahrzehnte nach der Gebietsreform prägend sind. Subjektive kleinräumige Zugehörigkeiten sind nur schwer zu fassen und je nach Lebensalter unterschiedlich. Insgesamt reduzierten aber die Gebietsreformen das Heimatgefühl (Förtsch/Rösl 2020). Die Kritik ist, „dass die Menschen in der Fläche das Gefühl haben müssen, dass sich der Staat mit seinen Leistungen zurückzieht und sie damit im Stich lässt“ (Frank et al. 2017). Genau das Gefühl gleichwertiger Zugehörigkeit vermindert sich mit länger werdenden Wegen zwischen der eigenen Wohnung, dem eigenen Haus und den kommunalen Vertretungen als demokratische Basis.

Es ist davon auszugehen, dass sich auch die Zentralisierung weiterführender Schulen im ländlichen Raum und daraus resultierende lange Schulwege der Kinder negativ auf das Gefühl von Zugehörigkeit der Eltern zu Schule auswirkt. Ist die Identifikation der Eltern als Bildungspartner mit Schule aber gering, so sinkt auch deren Engagement und die Integrationsfunktion von Schule mit ihren Kooperationsangeboten im ländlichen Raum. Schulen können so weniger als soziale Orte auf das Engagement von Eltern als Gestaltende von Schulkultur durch Mitglieder im Förderverein und der Elternvertretung bauen.

- **Demografischer Wandel: Abwanderung versus Fachkräftemangel**

Viele Kommunen im ländlichen Raum sind durch Abwanderung und Überalterung geprägt. Dies hat nicht nur den Rückgang der Einnahmen bei

gleichzeitig steigenden Sozialausgaben und Fachkräftemangel zur Folge, sondern auch eine geschwächte Zivilgesellschaft. Insgesamt stehen viele Kommunen vor der Herausforderung, die ohnehin schon knappen Ressourcen an die durch den demografischen Wandel induzierten Veränderungen anzupassen. Kommunen entwickeln zudem ganz spezifische räumliche Profile, wie bspw.

- Pendlerorte, in denen – anders als in der administrativen Wirklichkeit dargestellt – mehrheitlich die Väter nur am Wochenende anwesend sind und die Mütter in der Woche als Alleinerziehende leben,

- Kommunen, die zunehmend als Freizeitorte am Wochenende genutzt werden und mit ganz verschiedenen und konfliktären Ansprüchen von Erholungssuchenden mit Nebenwohnsitz und Einwohner*innen mit Hauptwohnsitz konfrontiert sind oder

- Räume hoher Fluktuation, Schrumpfung oder Wachstum und Konflikten u.a. zwischen Alteingesessenen und Zugezogenen, jungen und alten Menschen.

Selbst kleinräumige Vergleiche zwischen benachbarten Orten lassen oft große Kontraste bezüglich des Siedlungsbildes, des Wirtschafts- und Sozialgefüges sowie der Entwicklungsdynamik erkennen. Die Komplexität und Spezifik der jeweiligen Herausforderungen machen Aushandlungsprozesse erforderlich, in denen ein tragbarer gesellschaftlicher Zusammenhalt aufgrund geteilter Interessen und gegenseitigen Vertrauens entstehen und ausgebaut werden kann. Dafür können Bildungsorte eine Plattform bieten und kommunale Bildungssteuerung kann dazu anregen.

	ADMINISTRATIVER RAUMBEGRIFF PLANUNGSRAUM	SUBJEKTIVER RAUMBEGRIFF SOZIALRAUM
VORTEILE	• KLARE, STABILE, MEIST GROßE RAUMGRENZEN • QUANTITATIVE DATEN ZUR BESCHREIBUNG DES RAUMS (EINWOHNER, EINKOMMEN, TRANSFERLEISTUNG) • TRANSPARENTE ABLEITUNG SOZIALER BEDARFE (KITAPLANUNG, SCHULE, BERATUNG ETC.)	• SUBJEKTIVE LEBENSWELT DER MENSCHEN • ORT SOZIALER ZUGEHÖRIGKEIT (HEIMATGEFÜHL) • AUSDRUCK SOZIALEN ZUSAMMENHALTS ALS NACHBARSCHAFTSHILFE, FESTE, AKTIONEN ETC. • HANDLUNGSFELD DER GEMEINWESENARBEIT MIT IHREN ANGEBOTEN
NACHTEILE	• BESCHREIBEN STARK VERALLGEMEINERND RÄUME ALS „BEHÄLTER" VON MENSCHEN • WERDEN DER SPEZIFIK VON LEBENSREALITÄTEN BEISPIELSWEISE PENDLERFAMILIEN NICHT GERECHT • PLANUNGSRÄUME OFT NICHT IDENTISCH: OFT ÜBERLAPPEND (SCHULEINZUGSGEBIET, ÄRZTLICHE VERSORGUNG, ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR)	• UNSCHARFE, VERÄNDERLICHE, INDIVIDUELLE UND GRUPPENBEZOGENE RAUMGRENZEN • VERALLGEMEINERNDE BESCHREIBUNG DIESER RÄUME UND RESULTIERENDER BEDARFE SIND NUR DURCH ZUSCHREIBUNGEN VON ZIELGRUPPEN MÖGLICH • KAUM ABLEITBARE BEDARFE FÜR SOZIALPLANUNG

Vor- und Nachteile von Planungs- und Sozialraum.
Erweiterte Darstellung nach Schönig 2024, S. 17f. & Wunderlich 2020.

Warum und wie sind Bildungsorte soziale Orte gelebter Gemeinschaft?

Als Räume für die Aushandlung von gemeinsamen Werten und Interessen bieten sich Bildungseinrichtungen an. Sie sind Orte gelebter Gemeinschaft – vom Kindergarten über Schule bis hin zu Museum, Theater, Bibliothek, Jugendtreff, Kulturhaus, Selbsthilfegruppe, Volkshochschule, Verein, Feuerwehr und Hochschule.

Dabei steht in den schulischen Bildungseinrichtungen die Vermittlung von Wissen und Kompetenzen und die Sicherung von Fachkräften im Vordergrund. In Einrichtungen der Erwachsenenbildung und des Engagements stehen gemeinsame Aktivitäten und der Umgang mit gesellschaftlichen Veränderungen im Vordergrund. Gemeinsam ist den Bildungseinrichtungen ihre Rolle als soziale Orte gelebter Gemeinschaft von Menschen in einem Sozialraum. Sie ermöglichen:

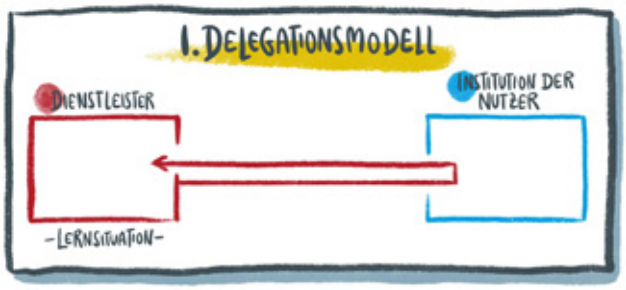
- Interaktion und Voneinander-Lernen, Ideenaustausch, die Entwicklung sozialer Fähigkeiten über Milieu- und Herkunftsgrenzen hinweg,
- Gemeinsames Tun, Fragen stellen, Diskussionen führen, in Gruppen arbeiten, gemeinsame Geschichten erzählen, Ziele definieren, erreichen und so gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Verständnis fördern sowie Unterschiede respektieren,
- Kooperationen und Gemeinschaft in Veranstaltungen, Projekten und Netzwerken,
- Rituale und Traditionen, die die Gemeinschaft stärken und ein Gefühl der Zugehörigkeit fördern.

Bildungsstätten sind jedoch nur dann Orte gelebter Gemeinschaft und fördern das Gefühl von Zugehörigkeit und Gerechtigkeit, wenn sie nicht

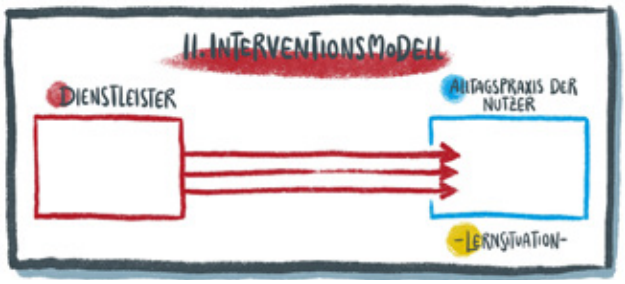
nur als Orte der Leistungserbringung und Bestenförderung verstanden werden, sondern auch als gemeinsame Lernräume. So tritt ihre gesellschaftliche Funktion, Menschen nur nach kognitiver Leistung zu sortieren und ihnen davon abhängige Aufstiegsmöglichkeiten zuzuweisen, in den Hintergrund und im Vordergrund steht das gegenseitige Verstehen und Zuhören.

Außerschulische Lernorte, Orte der Erwachsenenbildung und der zivilgesellschaftlichen Initiative sind deshalb für die Initiation von Austausch und gemeinsamer Verständigung umso relevanter. Diese Räume sind nicht so eindeutig strukturiert wie Schulen und lassen gemeinsame Entwicklung z.B. im Chor, im textilen Gestalten an der Volkshochschule oder dem Heimatverein zu.

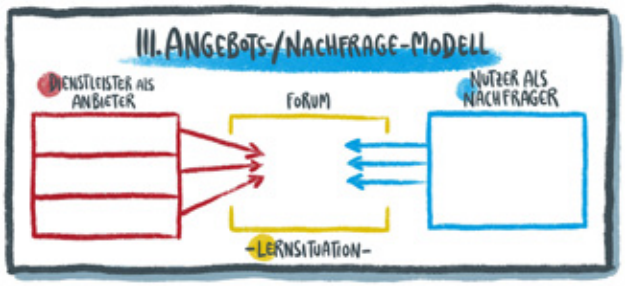
Um soziale Orte als Bildungsorte in ihrem Beitrag zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu stärken ist ein differenziertes Verständnis von Bildungsdienstleistungen hilfreich. Die für die Weiterbildung ausgearbeiteten Dienstleistungsprofile können den Blick für soziale Bildungsräume weiten (Schäffter 2014, S. 61ff)



Das **Delegationsmodell** meint, dass Teilnehmer*innen in einen bestimmten Lernort von den Nutzer*innen (bspw. Unternehmen) delegiert werden, wie Berufsschüler*innen oder Teilnehmende in eine verpflichtende Veranstaltung hereingeholt werden. Hier geht die Initiative in hohem Maße von der pädagogischen Dienstleistung aus: Teilnehmergruppen werden ausgewählt und spezielle Bildungsangebote konzipiert. Im Vordergrund steht die Vermittlung praxisnaher Qualifikationen und nicht-kontroverser Inhalte. Die Teilnehmer*innen sind relativ passiv, werden aktiviert und „beschult“. Eine gemeinsame Entwicklung oder Reflexion steht nicht im Vordergrund dieses Modells.



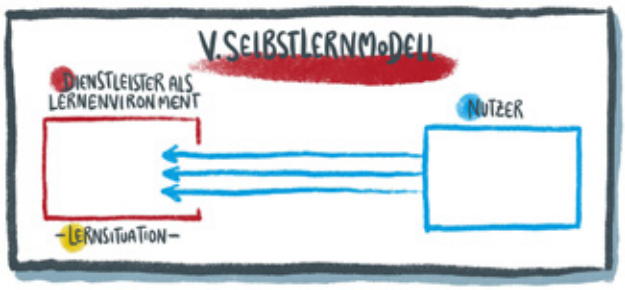
Anders beim **Interventionsmodell**, in dem Bildungsdienstleitende, bspw. als aufsuchende Angebote Sozialer Arbeit oder als mobiles Bibliotheksangebot im ländlichen Raum, Teilnehmer*innen in ihrer Alltagspraxis abholen und aktivieren und den Bildungsort zu ihnen bringen. Die Intension ist „die Aktivierung von eigenständigen Bildungsinteressen im Interventionsfeld. (...) Es handelt sich daher um einen genuin ‚sozial-pädagogischen‘ Zugang zu einer sozialräumlich bestimmbaren ‚Lebenswelt‘“ (Schäffter 2014, 68f). Das Modell der Intervention gilt besonders für den ländlichen Raum als ein gewinnbringendes Angebot, bedarf allerdings entsprechender finanzieller Ressourcen.



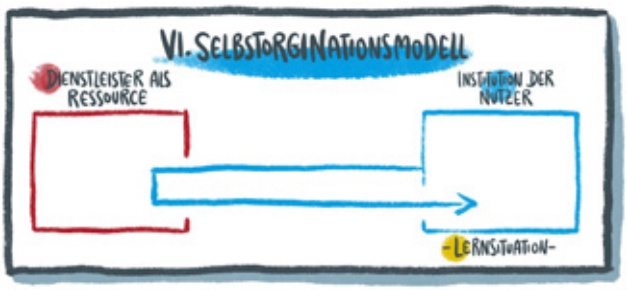
Davon unterscheidet sich das **wechselseitige Modell** zwischen Angebot und Nachfrage, in dem die Volkshochschule oder der Tanzverein regelmäßig Angebote für eine antizipierte Nachfrage in einem Programm auf einem Bil-

dungsmarkt zur Verfügung stellt und mit den Teilnehmer*innen dann gestaltet. Die Herausforderung ist neben der Teilnehmendenakquise in diesem Dienstleistungsmodell die Erreichbarkeit bildungsferner Bevölkerungsgruppen für diese Angebote.

Das **Vermittlungsmodell** geht von einem inhaltlich offenen und unterstützenden Angebot aus. Wie das Beispiel einer Freiwilligenagentur zeigt, werden Interessen von Bürger*innen aufgegriffen, gebündelt und weiterentwickelt, um Engagement zu fördern und zwischen Bildungsdienstleistenden (bspw. einer ehrenamtlichen Telefon-Initiative gegen Vereinsamung im Alter) und Nutzer*innen zu vermitteln. Zudem werden Möglichkeiten zum gemeinsamen Tun und Lernen vermittelt, es wird beraten und Netzwerke aufgebaut.



Beim **Selbstlernmodell** geht die Initiative von den Nutzer*innen aus. Die Dienstleistenden bieten eine anregende Lernumgebung samt kompetenter Unterstützung, falls dies gewünscht wird, zum Beispiel wenn Stadtteilläden oder Mehrgenerationenhäuser zieloffene Räume für Erzählcafés oder Ausstellungen zur Verfügung stellen.



Beim **Selbstorganisationsmodell** sind die Nutzer*innen, die Bürger*innen, die Organisierenden, die Durchführenden. Sie steuern das soziale Lernen bspw. in Beteiligungsprozessen oder lokalen Gruppen. Bildungsdienstleistende spielen nur auf Anfrage eine Rolle. Diese Aufgabe können auch andere Expert*innen übernehmen, die bspw. in die selbstorganisierte Gruppe hereingeholt werden, wenn bspw. ein*e Förster*in in die Umweltinitiative eingeladen wird.

Wenn die verschiedenen Modelle als Dienstleistungsprofile hier auch nur kurz besprochen werden können, so soll doch die Vielfalt von Bildungsorganisation und der Blick auf beiden Seiten von Dienstleister*innen und Nutzer*innen sowie deren verschiedene Formen von Aktivität und Passivität die Möglichkeiten der Bildungssteuerung weiten. Denn wenn Sozialplanung gesellschaftlichen Zusammenhalt durch die Bereitstellung von sozialen Orten als Räume des Austausches und Verstehens zur Verfügung stellt, dann ist es wichtig, deren Bandbreite zu kennen. Die Bedeutung der verschiedenen sozialen Orte sollen so in ihrem Beitrag für die Stärkung gesellschaftlichen Zusammenhalts als Netzwerk sichtbar gemacht werden (vgl. Schulze 2022a und b).

Wie mit Bildungssteuerung der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden kann

Bildungssteuerung umfasst die gezielte Beeinflussung von Organisationsstrukturen mittels vertraglicher Vereinbarungen und damit dem Setzen von Rahmenbedingungen auf den politischen Handlungsebenen. Bildungssteuerung umfasst ein adäquates Verwaltungshandeln (festgehalten in Leitbildern), das auf eine gute Datenbasis als Bildungsmonitoring zurückgreifen kann. Das kommunale Ziel für Familien und Fachkräfte langfristig attraktiv zu sein, kann durch adäquate Bildungssteuerung von der Kinderbetreuung bis hin zu kulturellen Höhepunkten und Anlässen für Engagement und Integration gefördert werden. Die Verwaltung kann diese Funktion sozialer Orte und deren langfristige Bedeutung für gesellschaftlichen Zusammenhalt als entscheidenden Standortfaktor gegenüber rein ökonomischen Argumenten gut begründen. Ob kommunale Bildungssteuerung als angemessen wahrgenommen wird, ist nicht nur mit der Anzahl an Angeboten zu bewerten. Von Bedeutung ist auch die Vielfalt der Angebote, wie die verschiedenen Dienstleistungsmodelle aufzeigen und deren Unterstützung. Die öffentliche Verwaltung in Jobcenter und Ausländerbehörde, beim Wohngeld und Einwohnermeldeamt kann dafür ein Vorbild sein. Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist ein gemeinsames Projekt und lebt vom gegenseitigen Respekt. Kommunale Verwaltung und Bildungssteuerung kann mit professioneller Arbeit eine Grundlage dafür bieten: Menschen mit Respekt zu behan-

deln und soziale Orte und entsprechende Initiativen sowie Bildungsdienstleistende zu unterstützen und ein positives Menschenbild pflegen.

Darüber hinaus kann die Verwaltung mit der Bildungssteuerung:

- Partnerschaften und Netzwerke aufbauen,
- Bürgerbeteiligung unterstützen,
- kulturelle Vielfalt respektieren und fördern,
- Ressourcen (Beratung, Finanzen, Räume etc.) bereitstellen,
- Angebote sichtbar und barrierefrei zugänglich machen sowie ein
- breites Verständnis von Zusammenhalt und sozialen Orten des Austauschs kommunizieren.

Die Steuerung von Bildungs- und somit auch gegenseitigen Verstehensanlässen aus der kommunalen Verwaltung heraus bedeutet grundsätzlich in partizipativen Prozessen zu denken und Bürger*innen mit ihren Ideen und Bedarfen aktiv in den Prozess der gemeinsamen Herstellung gesellschaftlichen Zusammenhalts einzubeziehen.

Zur Autorin

Mandy Schulze ist Professorin für Sozialarbeitswissenschaft und stellvertretende Leiterin des TRAWOS Instituts für Transformation, Wohnen und soziale Raumentwicklung an der Hochschule Zittau/Görlitz. Nach ihrem Studium der Betriebswirtschaftslehre und den Erziehungswissenschaften promovierte sie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Neben der sozialraumbezogenen Sozialen Arbeit und Sozialplanung greift sie in ihrer wissenschaftlichen Arbeit immer wieder Themen der Transformationsforschung auf und legt dabei ihren Fokus auf die Sozialraumentwicklung in Ostdeutschland. Darüber hinaus ist sie Gründungsmitglied der Initiative 3. Generation Ostdeutschland und engagiert sich im Verein Perspektive hoch 3.

Mandy Schulze ordnet gesellschaftliche Transformationsprozesse sowie die aktuellen Realitäten ihrer Generation in Ostdeutschland ein und nimmt Wirkungsmechanismen gesellschaftlicher Entwicklungen lösungsorientiert in den Blick.

Literatur

- **Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2014):** Diskriminierungsrisiken für Geflüchtete in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.
- **Büstrich, M./Wohlfahrt, N. (2008)**: Die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit. In. APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte. 12-13/2008 Wandel der Sozialen Arbeit, S. 16-24.
- **Datenreport (2021**): Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit Das Sozioökonomische Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) unter: https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/datenreport-2021/ (Zugriff am 17.7.2023)
- **Deitelhoff, Nicole; Groh-Samber, Olaf; Middell, Matthias; Schmelzle, Cord (2020):** Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Umrisse eines Forschungsprogramms. In. Deitelhoff, Nicole; Groh-Samberg, Olaf; Middell, Matthias (Hrsg.): Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog. Campus Verlag: Frankfurt/New York, S. 9-40.
- **Förtsch, Mona; Rösl, Felix (2020):** Gebietsreformen reduzieren das Heimatgefühl. Ifo Dresden berichtet 1/2020. Nr. 1, 03-05 https://www.ifo.de/publikationen/2020/aufsatz-zeitschrift/gebietsreformen-reduzieren-das-heimatgefuehl (09.11.2023).
- **Frank, Elena; Hildebrandt, Jens; Pardon, Beatrice; Vandamme, Ralf (2017):** Was ist Verwaltung? Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/kommunalpolitik-333/257317/was-ist-verwaltung/ (19.09.2023)
- **Frost, Rainer (2020):** Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Zur Analyse eines sperrigen Begriffs. In. Deitelhoff, Nicole; Groh-Samberg, Olaf; Middell, Matthias (Hrsg.): Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog. Campus Verlag: Frankfurt/New York, S. 41-53.
- **Gesemann, Frank (2020):** Kommunale Integrationspolitik in Deutschland. Teilhabe vor Ort ermöglichen. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/kommunale-migrations-und-fluechtlingspolitik/322672/kommunale-integrationspolitik-in-deutschland-teilhabe-vor-ort-ermoeglichen/ (19.09.2023).
- **Heitmeyer, Wilhelm; Piorkowski, Christoph David (2023):** „Autoritärer Nationalismus". Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer über Hintergründe der Wahlerfolge und des Umfragehochs der AfD seit dem Sommer 2023. https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/522277/autoritaerer-nationalradikalismus/ (09.11.2023).
- **Kühnhenrich, Daniel (2021):** https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/datenreport-2021/politische-und-gesellschaftliche-partizipation/330237/ergebnisse-im-ueberblick/ (09.11.2023).
- **Mecheril, Paul (2018):** Was meint soziale Zugehörigkeit? In. Geramanis, Olaf, Hutmacher, Stefan (eds) Identität in der modernen Arbeitswelt. Wiesbaden: Springer Gabler.
- **OECD Definition of Social Cohesion.** unter: https://www.socialcohesion.info/concepts/concept/oecd (17.7.2023)
- **Ritter, Monique (2024):** Rassismus und Altenpflege in Ostdeutschland. Zum „Unbehagen" in der beruflichen Zusammenarbeit mit Migrant*innen. transcript.
- **Schäffter, Ortfried (2014):** Relationale Zielgruppenbestimmung als Planungsprinzip Zugangswege zur Erwachsenenbildung im gesellschaftlichen Strukturwandel. Klemm+Oelschläger. https://www.researchgate.net/publication/322677386_Ortfried_Schaffter_Relationale_Zielgruppenbestimmung_als_Planungsprinzip_Zugangswege_zur_Erwachsenenbildung_im_gesellschaftlichen_Strukturwandel_KlemmOelschlager (06.11.2023).
- **Schiefer, David; van der Noll, Jolanda; Delhey, Jan; Boehnke, Klaus (2012):** Kohäsionsradar: Zusammenhalt messen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Kohaesionsradar_Zusammenhalt_messen.pdf (09.11.2023).
- **Schönig, Werner (2014)**: Sozialraumorientierung. Grundlagen und Handlungsansätze. 2. Auflage. Schwalbach/Taunus: Wochenschau Verlag.
- **Schulze, Mandy (2022a):** Soziale Arbeit in Netzwerken als multiprofessionelle Zusammenarbeit. Bedeutung, Charakteristik und Beitrag zur Professionalisierung Sozialer Arbeit. In: Weimann-Sandig, Nina (eds) Multiprofessionelle Teamarbeit in Sozialen Dienstleistungsberufen. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-36486-1_8
- **Schulze, Mandy (2022b):** Netzwerkarbeit als Teil der Professionalisierung. In: Brodowski, Michael (Hrsg.): Handbuch Bildung für nachhaltige Entwicklung. Herder Verlag: Freiburg, Basel, Wien, S. 157-170.
- **Strüngmann, Daniela (2020):** Akzeptanz der öffentlichen Verwaltung bei Bürgerinnen und Bürgern, Eine Analyse der Erklärungsfaktoren von Einstellungen und Verhalten. Wiesbaden: Springer VS.
- **Wunderlich, Holger (2020):** Sozialraumorientierung, Quantitative Sozialraumanalysen und Soziale Arbeit. In: Kolhoff, Ludger (Hrsg.) Aktuelle Diskurse in der Sozialwirtschaft III. Perspektiven Sozialwirtschaft und Sozialmanagement. Springer VS, Wiesbaden.

TRANSFERAGENTUR BRANDENBURG

Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement Brandenburg

Angesiedelt im Projektverbund kobra.net arbeitet die Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement Brandenburg. Sie unterstützt kreisfreie Städte und Landkreise in Brandenburg bei der Entwicklung eines datengestützten kommunalen Bildungsmanagements (DKBM). Seit 2014 fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Transferinitiative Kommunales Bildungsmanagement mit insgesamt neun Transferagenturen bundesweit. Ab dem 1. Februar 2024 startet im Rahmen der Transferinitiative das Fachnetzwerk für kommunales Bildungsmanagement. Mit bundesweit acht Regionalen Entwicklungsagenturen für kommunales Bildungsmanagement und fünf Fachstellen in den Themenfeldern Kommunales Bildungsmonitoring, Bildung für nachhaltige Entwicklung, kulturelle Bildung, Fachkräftesicherung und Raumentwicklung unterstützt das BMBF die Kommunen bei der weiteren Entwicklung des Datenbasierten Kommunalen Bildungsmanagements bis Januar 2028. **Die Transferagentur setzt ab Februar 2024 ihre Arbeit als Regionale Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement (REAB) Brandenburg fort.**

Das Angebot umfasst u.a.:

- **Prozessbegleitung** im Sinne einer Strategie-, Organisations- und Changeberatung,
- **Fachberatung, Fachdiskurs und Vernetzung** zur Bearbeitung relevanter Bildungsthemen in den Kommunen,
- **Wissenstransfer** durch Bereitstellung von Informationen aus dem Fachnetzwerk und Entwicklungen in angrenzenden Bildungsbereichen.

Grundlegend für die Begleitung der Entwicklungsvorhaben in den Kommunen sind die Konzepte des Datenbasierten Kommunalen Bildungsmanagements.

kobra.net
Beratung.Bildung.Brandenburg

kobra.net, Kooperation in Brandenburg, gemeinnützige GmbH

kobra.net ist eine im Land Brandenburg ansässige gemeinnützige GmbH mit derzeit rund 40 Mitarbeiter*innen.

Zum Projektverbund kobra.net gehören:

- die Landeskooperationsstelle Schule – Jugendhilfe
- die Projektstelle Potenzialanalyse Brandenburg
- der PraxisBO-Regionalpartner West
- die Servicestelle-Schülerfirmen
- das Netzwerkbüro Bildung in der Lausitz
- die Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement Brandenburg

kobra.net setzt sich dafür ein, dass alle Menschen gute Bildungschancen haben. Dafür berät kobra.net Akteure auf Landesebene und in den Kommunen, gemeinsam gute Rahmenbedingungen für gelingende Bildungsprozesse zu schaffen. Dies gelingt, indem kobra.net Brücken baut zwischen institutionellen Zuständigkeiten und dadurch Lösungen bei komplexen Problemlagen ermöglicht.

Erfahrungen nutzen
Strukturen schaffen
Bildung gestalten

www.transferagentur-brandenburg.de

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des
Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Transferinitiative
Kommunales
Bildungsmanagement

Agentur Brandenburg